

Konstituierende Nationalversammlung. — 95. Sitzung am 15. Juli 1920.

391/I
K. N. V.

Anfrage

der

Abgeordneten Schöchtn er, Dr. Schön bauer und Genossen an den Herrn Staatssekretär für Inneres und Unterricht, betreffend den Landarbeiterstreik in Niederösterreich.

Bekanntlich ist ein Großteil der sozialdemokratisch-organisierten Landarbeiterchaft im Marchfeld und in den angrenzenden Gebieten mitten in der Ernte in den Streik getreten, weil die Landwirte erklärt, die ungeheuren Lohnforderungen nicht erfüllen zu können mit der Begründung, daß bei Annahme dieser Forderungen bei den bestehenden Höchstpreisen eine Rentabilität der Wirtschaft und der geregelte Gang des Betriebes unmöglich sei. Die organisierte Landarbeiterchaft gab die Parole aus, die Ernte einzubringen, von den Gutshöfen jedoch nur im Einvernehmen mit den Arbeitern abzutransportieren, wenn die Grundbesitzer die Forderungen der Arbeiterschaft nicht erfüllen.

Die Unterzeichneten erblicken in dem eingesetzten Landarbeiterstreik und in der beabsichtigten Beschlagnahme der Ernte eine große Schädigung an dem gesamten Volke und der Volksernährung. Denn es werden die städtischen Konsumenten selbst am härtesten getroffen, wenn durch diese terroristischen Vorgänge die Ernte nicht rechtzeitig oder nicht entsprechend eingeholt wird.

Die beabsichtigte Beschlagnahme der Ernte im Falle der Nichtannahme der Lohnforderung ist ein

terroristischer Akt, der jedem Rechtsbegriffe höhn spricht und den Bürgerkrieg auf dem flachen Lande entfesseln muß. Diese Gewaltakte müssen ja die Landwirte ohne Unterschied, ob groß oder klein zu Gegenmaßregeln zwingen. Wenn dieses System der Gewalt von Seiten der sozialdemokratisch-organisierten Landarbeiterchaft weiter verfolgt wird, so werden die Landwirte gezwungen sein, zur Bekämpfung dieses Systems und dieser Gewalt mit eben solcher Gewalt zu antworten und den allgemeinen Lieferungsstreik auszurufen. Die Verantwortung für die Folgen dieses Lieferungsstreikes haben jene Kreise zu tragen, welche die Landarbeiter zu einem so unwilligen Vorgehen aufgehetzt und aufgestachelt haben.

Die Unterzeichneten stellen daher an den Herrn Staatssekretär des Innern die Anfrage:

„Ob er bereit sei, diesem unbefugten Eingriff der sozialdemokratisch-organisierten Landarbeiter in das Eigentum und Verfügungsberecht des Unternehmers entgegenzutreten und dem primitivsten Rechte des Staatsbürgers an seinem Besitz Geltung zu verschaffen.“

Wien, 13. Juli 1920.

Schürrf.
Altendorfer.
Birchbauer.
Thanner.
Wimmer.

Schöchtn er.
Schön bauer.
Dr. Angerer.
Stockler.
Wedra.